

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Stärkung der offenen Kinder- und Jugendarbeit durch Verwendung nicht abgerufener Gelder der „FreiKarte“ im Land Bremen

Im März 2022 brachte der Senat eine „FreiKarte“ für alle Bremer Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres auf den Weg. Insgesamt sollen dafür im laufenden Jahr 6 Mio. Euro und im Jahr 2023 weitere 6,2 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Die CDU-Fraktion stand dieser „FreiKarte“ von Anfang an skeptisch gegenüber und favorisierte alternativ dazu eine bessere Ausstattung der Infrastruktur in Krippen, Kitas, Schulen und der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wir sehen die Mittel hier weitaus sinnvoller und vor allem im Interesse aller Kinder und Jugendlichen eingesetzt. Zudem ist zu befürchten, dass gerade Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Stadtteilen, die am stärksten unter den Auswirkungen der Coronapandemie gelitten haben, diese Karte aus verschiedensten Gründen und Hemmnissen nicht in Anspruch nehmen werden. Der Senat selbst ging in seiner Mitteilung (Drucksache 20/1507) davon aus, dass nur 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen die Karte tatsächlich aktivieren und die Gelder abrufen werden. Eine Mitteilung vom 20. November 2022 informiert darüber, dass bisher lediglich 72 Prozent der Karten aktiviert wurden. Im Durchschnitt wurden pro Karte nur 10 Euro des verfügbaren Guthabens von 60 Euro verbraucht, insgesamt nur 1,5 Mio. Euro der veranschlagten 6 Mio. Euro verausgabt. Somit verbleiben erhebliche finanzielle Mittel zum Ende des laufenden Jahres.

Im Brief zur „FreiKarte“ und mit Übersendung des Aktivierungscodes an die rund 117.000 Kinder und Jugendlichen schrieb die Senatskanzlei auf die Frage: „Mein Guthaben soll anderen zugutekommen?“ Auch das sei kein Problem. Ohne Aktivierung der Karte käme das Guthaben automatisch allen anderen Kindern und Jugendlichen im Land Bremen zugute. Dieses Versprechen fand sich so auch bis vor Kurzem auf der entsprechenden Internetseite, wurde dort aber nun verändert. Darauf verwies auch der Zentralelternbeirat und kritisierte gegenüber dem Senat das gebrochene Versprechen.

Gleichzeitig drohen vielen Kinder- und Jugendeinrichtungen massive Kürzungen, verbunden mit Einschränkungen in den Angeboten und weiteren Schließtagen. Und auch die Krippen, Kitas und Schulen sind durch die wesentlich größeren Herausforderungen nach Corona bei gleichbleibendem oder sinkendem Budget erheblich belastet.

So ist es zum Beispiel den etwa 1.000 Schülerinnen und Schülern aus Obervieland nicht zu vermitteln, dass ihre Kinder- und Jugendfarm Habenhausen wegen einer Kürzung der

Mittel um 70.000 Euro Öffnungszeiten und Öffnungstage reduziert, Angebote einstellt oder nicht mehr als außerschulischer Lernort fungiert. In der Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion (Drucksache 20/804S vom 22.11.2022) wird zwar eingeräumt, dass die Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit und Schule als Qualitätskriterium vorgegeben wird, aber eben nicht aus Mitteln der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OJA) finanziert werden darf. Gesonderte Fördertöpfe stünden nicht zur Verfügung.

Die Erfahrung lehrt: Wenn langjährig gewachsene Kooperationen zwischen Schulen, Kindertageseinrichtungen und Jugendeinrichtungen erst einmal durch Mittelkürzungen beendet werden müssen, lassen sie sich nur mit erheblichem Aufwand und Mehrkosten langfristig wieder aufbauen.

Wir fordern daher den Senat auf:

1. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Mittel in Höhe der nicht genutzten Gelder der „FreiKarte“ in 2022 und 2023 für die Kinder und Jugendlichen im Land Bremen ausgegeben werden. Dabei ist Bremerhaven mit mindestens 20 Prozent zu beteiligen, sofern die Verteilung nach Sozialindikatoren nicht sogar einen größeren Anteil Bremerhavens erfordert.
2. diese finanziellen Mittel einzusetzen für:
 - a. eine bessere Ausstattung der offenen Kinder- und Jugendarbeit und zur Vermeidung der Reduzierung von Angeboten,
 - b. ein eigenes Budget für die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule zur Finanzierung außerschulischer Lernorte,
 - c. eine verbesserte Ausstattung von Kindertageseinrichtungen und Schulen.
3. den zuständigen Deputationen innerhalb von drei Monaten einen Umsetzungsbericht hierüber vorzulegen.

Sandra Ahrens, Jens Eckhoff, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU